



BE 15.49



Eine solidarische Welt  
ist möglich.  
14.10.2015

## Zehn Jahre BüSGM gegen Krieg, Ausbeutung und Sozialraub

### Offener Brief des US-Friedensrates an die Friedens- und Anti-Atom-Bewegung

Uns liegt die deutsche Übersetzung des obigen Briefes vom 10.10.2015 vor, aus dem wir die für uns wesentlichen Passagen abdrucken:

*„Wir sind uns bewusst, dass unsere Welt an einem kritischen Punkt angekommen ist. Es besteht die Gefahr einer militärischen, möglicherweise nuklearen, Konfrontation zwischen der NATO, ausgetragen von den USA und Russland. Die Streitkräfte der beiden nuklearen Supermächte stehen sich in Osteuropa wieder einander gegenüber, diesmal vor allem in der Ukraine und in Syrien. Und die Spannungen nehmen täglich zu.“*

*In gewisser Weise kann man sagen, dass ein Weltkrieg bereits jetzt stattfindet. Derzeit bombardieren die Regierungen von 15 Ländern in Syrien. Dazu gehören sieben verbündete NATO-Staaten: USA, Großbritannien, Frankreich, Türkei, Kanada, Belgien und die Niederlande. Außerdem auch Nicht-NATO-Verbündete der USA: Israel, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Jordanien, Bahrain und Australien; und schließlich jetzt auch Russland.*

*An den westlichen Grenzen Russlands, wird ein anderer gefährlicher Krieg geführt. Die NATO baut ihre militärischen Kräfte in den Anrainerstaaten Russlands aus. Alle Regierungen der Nachbarländer Russlands erlauben es den NATO und US-Streitkräften auf ihrem Hoheitsgebieten zu operieren, dort wo die NATO jetzt nur Kilometer von russischen Großstädten entfernt bedrohliche Militärmanöver abhält. Dies verursacht zunehmend Spannung für die russische Regierung, so wie es das gleiche für die US-Regierung sein würde, wenn russische Streitkräfte an der US-mexikanischen und der Grenze zwischen den USA und Kanada stationiert wären, und diese Militärs ein paar Meilen von US-amerikanischen Grosstädten entfernt militärische Übungen abhalten würden.*

*In einer oder beiden dieser Konfliktlagen kann es leicht zu einer direkten Konfrontation zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten auf der einen und Russland auf der anderen Seite kommen, eine Konfrontation, die das Potenzial der Eskalation zu einem Atomkrieg mit verheerenden Folgen hat.“*

Der US-Friedensrat wendet sich mit seinem Appell an die Friedens- und Anti-Atom-Organisationen in der Welt mit den Worten:

*Es geschieht angesichts dieser gefährlichen Situation, dass wir uns an unsere Freunde und Genossen in der Friedens- und Anti-Atombewegung wenden. Es scheint uns, dass viele unserer Verbündeten in der Bewegung diesen Gefahren wenig Aufmerksamkeit zollen, Ereignisse, die die gesamte Existenz der Menschheit bedrohen, auf globaler Ebene, und dass sich ihre Reaktionen darauf beschränken, dass sie gegen diese oder jene Handlung seitens dieser oder derjenigen anderen Seite protestieren. Im besten Fall stellen sie fest, dass die USA und Russland gleichermaßen schlecht sind, sie kritisieren beide Seiten gleichermaßen für die Erhöhung der Spannungen. Dies entspricht aus unserer Sicht, einer passiven, ahistorischen und vor allem ineffektiven Reaktion, etwas was die Dringlichkeit der bestehenden Bedrohung ignoriert. Darüber hinaus werden durch die gleichmäßig verteilten Schuldzuweisungen, die wirklichen Ursachen der Problematik verschleiert.*

Wir teilen die Auffassung des US-Friedensrats, dass „gleichmäßig verteilte Schuldzuweisungen“ an die USA und Russland nicht nur die Problematik verschleiern, sondern von der aggressiven Politik der USA mit ihren NATO-Verbündeten ablenken sollen.

Wir teilen auch die Ansicht, dass die Wurzeln der gegenwärtigen Krise auf die Zerstörung der Sowjetunion im Jahr 1991 und den Wunsch der USA, als die einzige verbliebene Supermacht zu verbleiben, welche die ganze Welt einseitig dominiert, zurückzuführen ist.

Der Aufruf bezieht sich auf das verbrecherische Ereignis vom 11. September 2001 in den USA, wobei für uns offen bleibt, ob die Zerstörung des „World Trade Centers“ durch Fremdeinwirkung geschah oder von den USA initiiert wurde. Übereinstimmend teilen wir die Auffassung, dass die USA mit diesem Attentat ihren alten Feind, den Kommunismus, gegen den angeblichen islamische Terrorismus austauschen konnte, um damit einen „globalen Krieg gegen den „Terrorismus““ beginnen zu können. Die Überfälle auf Afghanistan, den Irak, Libyen, und Syrien bestätigen diese Ansicht. Mit dem IRAN in der US-Warteschlange werden diese Staaten von den USA als Ziele für einen Regimewechsel betrachtet.

Die nachstehende wörtliche Auffassung des US-Friedensrats über die US-Politik teilen wir:

*„In ähnlicher Weise und auf der Grundlage der gleichen Strategie, müssen auch Russland und später China als „globale Rivalen“ und als „Abschreckung“ der Weltherrschaft der USA, geschwächt und eingedämmt werden. Daher auch die Massierung von NATO-Truppen an den russischen Grenzen und die Entsendung von Flugzeugträgern und Kriegsschiffen nach Ostasien, um China einzukreisen.*

*Leider scheint, dass dieses strategische Gesamtbild von einem signifikanten Teil unserer Friedensbewegung nicht erfasst wird. Viele vergessen, dass die Dämonisierung von ausländischen Politikern und Slogans wie „Saddam Hussein muss gehen“, „Gaddafi muss gehen“, „Assad muss gehen“, „Chavez muss gehen“, „Maduro muss gehen“, „Janukowitsch muss gehen“, und jetzt, „Putin muss gehen“, (deutlich unter Missachtung des Völkerrechts und der UN-Charta) alle Bestandteile derselben Weltherrschaft-Strategie sind, etwas was den Frieden und die Sicherheit der ganzen Welt bedroht, sogar die Existenz der Menschheit als Ganzes.*

*Die Frage, um die es hier geht ist nicht, ob man diese oder jene Führer oder Regierung verteidigen sollte, oder die Verletzung der Rechte ihrer Bürger durch sie vernachlässigen sollte. Das Problem ist, dass wir nicht auf jeden einzelnen dieser Fälle isoliert von den anderen sehen können, um dann mit ihnen umzugehen ohne die eigentliche Grundursache zu erkennen, und zwar konkret das Verlangen der USA nach globaler Vorherrschaft.*

- Wir können nicht darauf hoffen, Atomwaffen zu beseitigen, wenn gleichzeitig die beiden mächtigsten Nuklearmächte am Rande einer militärischen Konfrontation stehen.*
- Wir können nicht unschuldige Zivilisten schützen durch die Finanzierung und Bewaffnung von Extremisten, egal ob direkt oder über Verbündete.*
- Wir können nicht Frieden und Zusammenarbeit mit Russland erwarten, während an der Grenze NATO-Streitkräfte massiert werden und während Militärübungen an den Grenzen zu Russland stattfinden.*
- Wir können keine Sicherheit haben, wenn wir nicht die Souveränität und die Sicherheit anderer Nationen und Völker respektieren.“*

Im Interesse der eigenen Sicherheit, ist es Aufgabe der Bundesregierung, die Spannungen mit der Russischen Föderation zu beseitigen und als ersten Schritt die verhängten wirtschaftlichen Sanktionen aufzuheben. Die Sicherheit Europas ist nicht durch Russland, sondern durch die Aggressionspolitik der USA und ihrer NATO-Vasallen gefährdet.

Der Aufruf mündet in Forderungen, die von allen Friedens- und Anti-Atomorganisationen unterstützt werden sollten:

- 1. Die NATO-Streitkräfte müssen sofort aus den Anrainerstaaten Russlands abgezogen werden.*
- 2. Alle ausländischen Truppen müssen Syrien unverzüglich verlassen, und die Souveränität und territoriale Integrität Syriens muss gewährleistet sein.*
- 3. Der syrische Konflikt kann nur durch politische Prozesse und diplomatische Verhandlungen zu einer Lösung gebracht werden. Die USA müssen ihre Politik der Voraussetzung „Assad muss gehen“ fallen lassen und nicht länger diplomatische Gespräche blockieren.*

4. *Verhandlungen müssen insbesondere die Regierung Syriens mit einschließen, als auch alle regionalen und globalen Mächte umfassen, die von dem Konflikt betroffen sind.*
5. *Die Zukunft der syrischen Regierung muss vom syrischen Volk allein entschieden werden, frei von allen äußeren Einflüssen.*
6. *Die US-Strategie einer globalen Vorherrschaft muss zu Gunsten einer Politik der friedlichen Koexistenz aller Länder aufgegeben werden, unter der Voraussetzung des Respekts für das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung und Souveränität.*
7. *Der Prozess der Abschaffung der NATO muss sofort beginnen.*

Den Appell an alle Freunde und Genossen, in einer demokratischen Koalition in der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung Hand in Hand zusammenzuwirken, um alle Angriffskriege zu beenden, unterstützen wir vollinhaltlich.

Herausgeber: Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. Domnauer Str. 14, 12105 Berlin, Tel. 030-75652209, Vorstand: Peter Dietrich. Gert Julius (V.i.S.d.P), Lothar Nätebusch, Bernd Cachandt, Email: [buesgm@online.de](mailto:buesgm@online.de), Website: [www.okv-ev.de](http://www.okv-ev.de)  
Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden  
Spendenkonto BüSGM IBAN DE2110020500001153 400 – BIC BFSWDE33BER  
(Bank für Sozialwirtschaft)